Albert Scherr

Probleme und Perspektiven der Flucht- und Flüchtlingsforschung

Zusammenfassung

Die Entstehung einer eigenständigen Forschung über Flucht und Zwangsmigration ist als Ausdifferenzierung eines Forschungsbereiches innerhalb der interdisziplinären und anwendungsorientiert ausgerichteten Migrationsforschung erfolgt. Für die Migrationsforschung war und ist die Zielsetzung einer Einwirkung auf Politik und Öffentlichkeit und im Zusammenhang damit eine enge Anlehnung an Fragestellungen, Prämissen und Informationsbedarfe politischer Institutionen und Akteure kennzeichnend. Im Fall der Forschung über Flucht und Zwangsmigration verbindet sich dies zudem mit einer hohen moralischen Aufladung im Sinne der Erwartung, zur Lösung der gravierenden humanitären Probleme beizutragen, die im Kontext von Flucht sichtbar werden. Dies impliziert die Tendenz zu einer Engführung der Forschungsperspektive auf Fragestellungen, für die politische Relevanz angenommen wird. Demgegenüber werden hier Überlegungen zu den Problemen und Perspektiven einer selbstreflexiven sowie an der Unterscheidung normativer Überzeugungen von wissenschaftlichen Tatsachenbehauptungen orientierten Forschung entwickelt, die nicht auf die Bearbeitung politischer Problemdefinitionen und der dadurch präferierten Antwortmöglichkeiten begrenzt ist. Vor diesem Hintergrund wird argumentiert, dass die Flucht- und Flüchtlingsforschung mit Fragestellungen konfrontiert ist, die nicht ausreichend im Kontext eines ausdifferenzierten Forschungsfeldes bearbeitet werden können und deshalb eine stärkere Rückbindung an Gesellschaftstheorien vorgeschlagen.

Schlagwörter

Flucht, Zwangsmigration, Forschungsgegenstand, Interdisziplinarität, normative Grundlagen, Gesellschaftstheorie

Prof. Dr. habil. Albert Scherr
Institut für Soziologie, Pädagogische Hochschule Freiburg

Migrationsforschung und Politik / Zeitschrift für Migrationsforschung – Journal of Migration Studies 2021 1 (2): 97–121,
<https://doi.org/10.48439/zmf.v1i2.111>

Problems and Perspectives of Refugee Studies

Abstract

The emergence of distinct research on flight and forced migration occurred as a differentiation of a research area within the interdisciplinary and application-oriented field of migration research. A characteristic of migration research was and is the objective of influencing politics and the public and, in connection with this, a close connection to questions, premises and information needs of political institutions and actors. In the case of research on flight and forced migration, this is also associated with a high moral impetus in the sense of the expectation of helping to solve the serious humanitarian problems that become visible in the context of flight. This implies a tendency to narrow the focus of the research perspective to issues for which political relevance is assumed. In contrast, this paper develops reflections on the problems and perspectives of research that is not limited to the processing of political problem definitions and the response options preferred by them. The argumentation clarifies problems and perspectives of a research that is self-reflexive and oriented towards distinguishing normative convictions from scientific assertions. Against this background, it is argued that refugee research is confronted with questions that cannot be dealt with sufficiently in the context of a differentiated field of research and therefore a stronger connection to theories of society is proposed.

Keywords

Refugee studies, forced migration, object of research, interdisciplinarity, normative foundations, theories of society

* * * * *

1 Konturen und Perspektiven des Forschungsfeldes

Mit einiger Verzögerung gegenüber der internationalen Entwicklung hat sich inzwischen auch im deutschen Sprachraum die Ausdifferenzierung der Flucht- und Flüchtlingsforschung als eigenständiges interdisziplinäres Forschungsgebiet vollzogen. Sichtbar wird dies in der Institutionalisierung des Forschungsnetzwerkes ›Netzwerk Fluchtforschung‹, der Gründung einer wissenschaftlichen Fachzeitschrift ›Zeitschrift für Flucht- und Flüchtlingsfor-

schung«, der Entstehung von zahlreichen Forschungsprojekten¹, der Verankerung von Themen der Flüchtlingsforschung in etablierten Institutionen der Migrationsforschung sowie inzwischen auch in zahlreichen Publikationen (siehe als Überblick Kleist et al. 2019).² Betrachtet man die Gründung des »Netzwerk Flüchtlingsforschung« 2013 und die Förderung des Netzwerks »Grundlagen der Flüchtlingsforschung« durch die Deutsche Forschungsgemeinschaft ab dem Jahr 2015 als Initialzündungen für die neuere Entwicklung, dann kann eine beeindruckende Expansion des Forschungsfeldes in einem relativ kurzen Zeitraum konstatiert werden, die zu einer auch für Expert*innen nicht mehr vollständig überschaubaren Fülle an Publikationen geführt hat.³ Diese umfassen neben Publikationen, die innerhalb der etablierten wissenschaftlichen Disziplinen situiert sind, auch Versuche einer disziplinübergreifenden Zusammenstellung von Wissensbeständen in Sammelbänden (siehe etwa Arslan und Bozay 2019; Binner und Scherschel 2019; Ghaderi und Eppenstein 2017; Kury und Redo 2018; Scherr und Yüksel 2016). Kennzeichnend für diese Veröffentlichungen ist eine »theoretisch undisziplinierte Interdisziplinarität«, die für das Forschungsfeld bislang insgesamt charakteristisch zu sein scheint: Unterschiedliche disziplinäre Wissensbestände werden in einer Weise aufeinander bezogen, die selbst nicht theoretisch kontrolliert wird, sondern als »okasionelle Interdisziplinarität« (Luhmann 1992, S. 457) eher ad hoc erfolgt.⁵ Dem korrespondieren uneinheitliche

1 Ein Überblick dazu ist hier zu finden: <https://flucht-forschung-transfer.de/map/#6/51.200/9.000> (Zugriff 30.5.2020).

2 Neben Publikationen, die aus wissenschaftlichen Forschungsprojekten resultieren, sind dabei auch zahlreiche Publikationen zu berücksichtigen, die auf eine Aufbereitung wissenschaftlichen Wissens für Praxisfelder wie die Kinder- und Jugendhilfe, die Flüchtlingssozialarbeit, die politische Bildung, die rechtliche und die psychosoziale Beratung zielen sowie solche, die auf Politikberatung ausgerichtet sind.

3 Die Literaturverweise im Folgenden beanspruchen auch deshalb keineswegs systematisch und vollständig zu sein. Hingewiesen wird lediglich selektiv auf Texte, mit deren Argumentation ich mich hier kritisch auseinandersetze oder denen weiterführende Überlegungen zu den angesprochenen Aspekten zu entnehmen sind.

4 Diese Formulierung verdanke ich einer gemeinsamen Diskussion mit Michael Bommes in Florenz im Jahr 1998. Wir hatten uns damals bierselig auf ein gemeinsames Copyright für diese Formulierung verständigt. Den vorliegenden Beitrag widme ich der Erinnerung an Michael Bommes, dessen theoretische Inspirationen und dessen theoriebezogenen Humor beim gemeinsamen Schreiben ich immer wieder mal vermisse.

5 Eine pointierte Kennzeichnung der daraus resultierenden Problematik hat Landau (2007, S. 347) wie folgt formuliert: »Our refugee-centrism (or, more awkwardly, our forced migrant-centrism) also limits our ability to gain from and contribute to cognate disciplines: sociology, economics, political science, philosophy, law, anthropology, and media studies. As such, the forced migration field lacks a compelling research agenda or means of accumulating knowledge. Rather than progress through slow cycles of knowledge, every wave of scholarship (and every IASFM gathering) risks largely reiterating the studies of its immedi-

theoretische Rahmungen und thematische Fokussierungen. Diese umfassen unter anderem Betrachtungen von Zusammenhängen zwischen weltgesellschaftlichen Ungleichheiten und globalen Fluchtbewegungen, Untersuchungen zu Integrationsprozessen in den jeweiligen Aufnahmegesellschaften, Analysen, die auf staatliche Flüchtlingspolitiken oder zivilgesellschaftliche Widerstände gegen diese ausgerichtet sind, ihren Fokus in der Beschreibung der Lebensbedingungen haben, denen Flüchtlinge während der Flucht unterworfen sind oder aber die Strategien und Taktiken in den Blick nehmen, mit denen diese versuchen, eigene Handlungsfähigkeit aufrechtzuerhalten. Es handelt sich also um ein in sich disziplinär und thematisch heterogenes Forschungsfeld, das in Deutschland bis Anfang der 2010er Jahre ein randständiger Teilbereich der etablierten wissenschaftlichen Disziplinen und der interdisziplinären Migrationsforschung war, seitdem aber in einem relativen kurzen Zeitraum expandiert ist.

Ersichtlich stellt dies zentral eine Reaktion auf die Zunahme der Zahl der nach Europa und Deutschland einreisenden Flüchtlinge und die dabei auch offenkundig gewordene Krise des Flüchtlingsschutzes dar. Dies hat zu einem verstärkten Interesse von Wissenschaftler*innen an der Flucht- und Flüchtlingsthematik sowie zu einer starken Nachfrage unterschiedlicher Institutionen nach einem wissenschaftlichen Wissen geführt, das dazu verhelfen soll, zu einer Einschätzung der Ursachen und der gesellschaftlichen Bedeutung von Fluchtmigration sowie praktischer Erfordernisse (in Kontexten wie zum Beispiel Asyl- und Ausländerrecht, Migrationssteuerung, Integrationspolitik, schulische und berufliche Bildung, Sozialpolitik und Soziale Arbeit) zu gelangen. Wissenschaftler*innen sahen sich dadurch herausgefordert, einen Beitrag zur Fundierung und Versachlichung der medialen und politischen Debatten zu leisten.⁶

Für die Flucht- und Flüchtlingsforschung wie für die Migrationsforschung generell (siehe Bommes 2011, S. 35–47) gilt, dass ihre Entwicklung auch international in enger Anlehnung an Politik – an Problemwahrnehmungen und Informationsbedarfe des politischen Systems und der Themensetzungen in politischen Diskursen – erfolgt ist (siehe Black 2001). Dies wird auch darin deutlich, dass die internationale und die deutschsprachige Flucht- und Flüchtlingsforschung explizit darauf ausgerichtet sind, mit ihren Ergeb-

ate predecessors. At worst, our scholarship is driven by faddish concepts, questions, and methods drawn from the policy world.«

⁶ In den Medien sind zudem zahlreiche Stellungnahmen von Wissenschaftler*innen zu flüchtlingspolitischen Fragen veröffentlicht worden, in denen versucht wird, politische Forderungen mit wissenschaftlichem Expert*innenwissen zu begründen und/oder diesen durch die Inanspruchnahme einer autoritativen Sprecher*innenposition von Wissenschaftler*innen Gewicht zu verleihen.

nissen gesellschaftlich, insbesondere politisch wirksam zu werden, »politische, praktische und gesellschaftliche Bedeutung« (Berlinghoff et al. 2017, S. 7) beansprucht und dies auch als eine forschungsethische Selbstverpflichtung betrachtet wird (siehe unten). Auch dann, wenn in der internationalen Forschung eine allzu enge Bindung an die Erwartung gesellschaftlicher Relevanz problematisiert wird, verbindet sich dies mit dem Anspruch, durch eine stärker an genuin wissenschaftlichen Fragestellungen und Standards orientierte Forschung zu »significant changes in the lives of forced migrants« (Bakewell 2008, S. 432) beitragen und Relevanz für »the ›real world‹« außerhalb akademischer Diskurse beanspruchen zu können (vgl. Fiddian-Quasmiyeh et al. 2016b, S. 2).

Mit hoher Plausibilität kann davon ausgegangen werden, dass die Erwartung gesellschaftlicher, insbesondere politischer Relevanz dazu beigetragen hat, die internationale Etablierung des Forschungsbereiches und seinen nachholenden schnellen Auf- und Ausbau im deutschen Sprachraum zu ermöglichen. Die politische Förderung des Ausbaus der Flucht- und Flüchtlingsforschung war auch für die Motivation von etablierten Forscher*innen und Nachwuchswissenschaftler*innen, sich in diesem Bereich zu engagieren, bedeutsam. Folglich ist zu erwarten, dass die künftige Entwicklung der Flucht- und Flüchtlingsforschung, ihr weiterer Aus- oder aber Rückbau, in erheblichem Ausmaß davon abhängig sein wird, welche politische Bedeutung der Thematik zukommen wird sowie ob sich wechselseitige Erwartungen bezüglich der politischen Relevanz von Forschungsergebnissen auf beiden Seiten bestätigen oder aber enttäuscht werden.⁷

Diesbezüglich ist zwar mit einiger Sicherheit davon auszugehen, dass die Frage, was angemessene Formen des Umgangs mit Formen der Flucht- und Zwangsmigration sind, auch künftig von erheblicher gesellschaftlicher, insbesondere politischer Bedeutung sein wird.⁸ Weniger gewiss ist dagegen, ob

7 Im Sinne eines Worst-Case-Szenarios ist zu befürchten, dass ein Rückgang der Forschungsförderung sowie des Interesses von Wissenschaftler*innen dazu führen würde, dass verfügbare Wissensbestände in Vergessenheit geraten und dann irgendwann – veranlasst durch eine erneute Zunahme der Flüchtlingszuwanderung – eine erneute Konjunktur entsteht, ohne dass dann durch eine neue Generation von Forscher*innen wegen einer fehlenden kontinuierlichen Weiterentwicklung von Theorien und Forschungsmethodologien an abgesicherte Grundlagen angeschlossen werden kann.

8 Dies ist der Fall, obwohl sich die Prognose, dass sich Migrationsbewegungen politischer Steuerung weitgehend entziehen (siehe Castles 2005; Cyrus 2011), im Fall der Fluchtmigration nach Deutschland meines Erachtens nicht als zutreffend erwiesen hat. Denn der massive Rückgang der Zahl der Flüchtlinge seit 2015, die Deutschland erreichen, ist meines Erachtens auch eine Folge der umfangreichen und drastischen politischen Abwehrmaßnahmen, die erhebliche Einschränkungen von Rechten ebenso umfassen wie Maßnahmen, die auf Externalisierung der europäischen Außengrenzen und die Einbindung von Transitlän-

sich die Erwartung von Wissenschaftler*innen bestätigen wird, durch die Vermittlung ihrer Forschungsergebnisse auf den gesellschaftlichen Umgang mit Flucht einwirken zu können. Denn es wäre wissenschaftstheoretisch und vor dem Hintergrund der sozialwissenschaftlichen Forschung über die politische Verwendung wissenschaftlichen Wissens (Beck und Bonß 1989) zweifellos naiv, davon auszugehen, dass Wissenschaft ein konsensuelles und unbestreitbares Tatsachenwissen hervorbringt, das im politischen Kontext als zweifelsfreie und nicht hintergehbare Entscheidungsgrundlage anerkannt wird. Realistisch ist es vielmehr davon auszugehen, dass Politik (siehe oben) sich gewöhnlich höchst selektiv und vielfach nur zur Stützung eigener Positionen und Interessen auf Wissenschaft bezieht.

Zudem sind Kontroversen über die Gültigkeit und Reichweite jeweiliger Forschungsbefunde und nicht zuletzt auch darüber, welche praktischen (politischen, rechtlichen, ökonomischen, pädagogischen, therapeutischen, polizeilichen usw.) Konsequenzen aus diesen mit einiger Plausibilität abzuleiten sind, der wissenschaftliche Normalfall. Folglich sind Zweifel daran begründet, dass die weitere Entwicklung der Flucht- und Flüchtlingsforschung zureichend auf die Erwartung außerwissenschaftlicher gesellschaftlicher Relevanz gestützt werden kann. Wenn angestrebt wird, eine tragfähige Perspektive für diesen Forschungsbereich zu entwickeln, ist deshalb eine enttäuschungsfestere innerwissenschaftliche Grundlage erforderlich, die weitere Forschung auch unabhängig davon ermöglicht und motiviert, ob diese politisch und medial beachtet oder aber weitgehend ignoriert wird.

In der Absicht, zu einer Entwicklung des Forschungsfeldes beizutragen, die dazu geeignet ist, dessen Abhängigkeit von externen Erwartungen und Resonanzen zu verringern, werden im Weiteren Überlegungen zu Herausforderungen und Fragestellungen entwickelt, deren Bearbeitung dazu geeignet sind, zur Klärung seiner wissenschaftlichen Grundlagen beizutragen. Dies geschieht mittels einer wissenschaftstheoretisch und wissenschaftssoziologisch informierten Reflexion über die gegenstandskonstitutiven Annahmen der Flucht- und Flüchtlingsforschung, insbesondere über das konstitutive Spannungsverhältnis von wissenschaftlichen Erkenntnisinteressen einerseits, ethischen Prinzipien und politischen Überzeugungen anderer-

den ausgerichtet sind (siehe Transit Migration Forschungsgruppe 2007; Heinzmann 2015; Hess et al. 2017). Deren Wirksamkeit ist auf eine humanitäre Rücksichtslosigkeit zurückzuführen, mit der ältere Studien noch nicht gerechnet haben. Insbesondere in den Bereichen der sogenannten Armutsmigrant*innen und Klimaflüchtlinge ist gleichwohl mit einer erheblichen Zunahme der Zahl derjenigen zu rechnen, die sich gezwungen sehen zu versuchen, ihre Herkunftsregionen zu verlassen (siehe Baar 2018; Ott 2020).

seits.⁹ Darauf bezogen werden Probleme und Paradoxien aufgezeigt, die sich »nicht logisch, sondern nur kreativ« (Luhmann 1992, S. 31) auflösen lassen, ohne dass hier beansprucht wird, dafür abschließende Lösungen anbieten zu können. Vielmehr wird zu einer Auseinandersetzung mit diesen Problemen aufgefordert, die zur Klärung des Selbstverständnisses der Flucht- und Flüchtlingsforschung beiträgt. Der naheliegende Einwand gegen die damit verbundene Forderung nach einer stärker wissenschaftszentrierten – wenn man so will: selbstreferenziellen – Flucht- und Flüchtlingsforschung ist, dass dies zu einer Schwächung ihrer gesellschaftlichen Relevanz und ihres kritischen Potenzials führen könnte. Ob dies oder aber das Gegenteil zu erwarten ist, lässt sich aktuell nicht begründet einschätzen. Möglicherweise ist jedoch, wie Adorno (1969) vermutete, gerade hinreichende Distanz zur Praxis – zu gesellschaftlichen, insbesondere politischen Erwartungen – eine Bedingung dafür, dass Wissenschaft Blindstellen politischer Problemwahrnehmungen und Handlungsorientierungen aufdecken und dadurch praktisch relevant werden kann.

2 Gegenstandsbestimmung und Geltungsanspruch

Flucht- und Flüchtlingsforschung sind in einem komplexen und kontroversen Diskurszusammenhang situiert, in einem gesellschaftspolitischen Konfliktfeld (Scherr und Inan 2017; Scherr und Scherschel 2019). In diesem Konfliktfeld sind zweifellos nicht allein wissenschaftliche Geltungskriterien für die Relevanz von Aussagen, ihre mediale Verbreitung, ihren Einfluss für die Verbreitung von Meinungen und Einstellungen sowie auf politische Entscheidungen ausschlaggebend. Im Unterschied zu einer Forschung, deren Relevanz von vornherein auf wissenschafts- und disziplininterne Diskurse beschränkt ist – und dies gilt für erhebliche Teile der Sozialwissenschaften¹⁰ – ist der Anspruch auf wissenschaftsexterne Relevanz für die Entstehung und Entwicklung der Flucht- und Flüchtlingsforschung jedoch zentral.¹¹ Selbst

⁹ Die Frage nach den Möglichkeiten und Grenzen einer theoretisch kontrollierten und nicht nur additiven Interdisziplinarität wird dabei ausgeklammert; siehe dazu Berlinghoff und Kleist (2021).

¹⁰ Wer außer Soziolog*innen sollte sich z.B. für die Frage interessieren, was die Umstellung vom Handlungsbegriff auf den Kommunikationsbegriff in der Systemtheorie Luhmanns für die soziologische Theoriebildung bedeutet, wer außer quantitativen Forscher*innen für die mathematischen Grundlagen von Regressionsanalysen usw.?

¹¹ Auch unabhängig von einschlägigen Deklarationen ist diesbezüglich festzustellen, dass die Ausdifferenzierung eines eigenen interdisziplinären Forschungsfeldes nicht durch Entwicklungen innerhalb der wissenschaftlichen Disziplinen und darin begründeten Interessen an einer interdisziplinären Kommunikation veranlasst wurde, sondern primär

dann, wenn dieser Anspruch nur ein Zusatzmotiv zu anderen Gründen wäre, die Wissenschaftler*innen zur Spezialisierung in einem Forschungsfeld veranlassen, wie etwa besondere Karrierechancen, Reputationsgewinne, ein guter Zugang zu Forschungsfinanzierung oder idiosynkratische Erkenntnisinteressen – was empirisch keineswegs auszuschließen ist –, könnte dies nicht kommuniziert werden, ohne dass mit Empörung und Kritik in der scientific community zu rechnen wäre. Begründet ist dies darin, dass bereits in der Konstitution des Forschungsgegenstandes ethische Gesichtspunkte eingehen: Von Flüchtlingen (im Unterschied zu anderen Kategorien von Migrant*innen) zu sprechen, impliziert die Annahme, dass es sich um Menschen handelt, die gezwungen sind, ihr Herkunftsland zu verlassen (insbesondere aufgrund von Verfolgung, Vertreibung, Kriegen und Bürgerkriegen) und die deshalb in besonderer Weise einen Anspruch auf Aufnahme und Schutz haben, woraus eine ethische Situierung und Verantwortung auch der Forschung resultiert (siehe dazu etwa Gibney 2016; Ott 2016). Strittig ist diesbezüglich in der Forschung allein, ob und in welcher Weise einer Ausweitung der Kriterien erforderlich ist, die einer politischen und rechtlichen Anerkennung als Flüchtling zugrunde gelegt werden sollten.

Eine Bezugnahme auf ethische Verpflichtungen ist zwar zweifellos kein Spezifikum der Flucht- und Flüchtlingsforschung, sondern gilt in ähnlicher Weise auch für andere Forschungsgebiete, die mit normativ aufgeladenen Grundbegriffen arbeiten, wie etwa die Gesundheits- oder die Armutforschung. Gleichwohl bedingt dies im Fall der Flucht- und Flüchtlingsforschung besondere Komplikationen. Denn das, was normativ anzustreben sei, ist im Fall von Flucht weniger eindeutig als in den genannten Vergleichsfällen. Dies hängt damit zusammen, dass die Bestimmung des Forschungsgegenstands im Fall der Flucht- und Flüchtlingsforschung nicht auf der Grundlage einer binären Unterscheidung erfolgen kann, der ein unstrittiger Präferenzwert entspricht. Dass zum Beispiel die Gesundheitsforschung auf der zwar definitionsabhängigen und interpretationsbedürftigen, aber als solche unstrittigen Unterscheidung von Gesundheit und Krankheit basiert und ihr praktischer Sinn in der Förderung von Gesundheit (und eben nicht von Krankheit) liegt, ist ebenso evident, wie dass Armutforschung nicht in der franziskanischen Traditionen einer religiösen Präferenz für Armut verankert ist, sondern zur Überwindung von Armut beitragen soll.

Im Fall der Flucht- und Flüchtlingsforschung ist aber nicht nur die Unterscheidung von Flucht und anderen Formen von Migration unklar und umstritten; zudem ist diese Unterscheidung selbst normativ voraussetzungs-

durch die Annahme veranlasst war, dass wissenschaftsexterne Fragestellungen nicht ausreichend mit den Wissensbeständen einzelner Disziplinen bearbeitet werden können.

voll, indem sie Annahmen darüber in Anspruch nimmt, welche Ursachen und Gründe von Migration als Fluchtursachen gelten sollen und deshalb einen legitimen Anspruch als Aufnahme und Schutz begründen (siehe dazu bereits Zetter 1991; vgl. Scherr 2020b). Diesbezügliche Festlegungen können aber selbst nicht wissenschaftlich begründet werden, da ihnen notwendig normative Präferenzen und Abwägungen zu Grunde liegen: Sie verweisen auf Annahmen darüber, welche Lebensbedingungen als zumutbar und welche als solche Zwänge gelten sollen, die als Fluchtursachen anzuerkennen sind und deshalb zu Aufnahme und Schutz berechtigen. Wissenschaftlich sind aber keine Verfahren verfügbar, die es ermöglichen würden zu entscheiden, welche Bedingungen und Praktiken normativ als solche Zwänge zu bewerten sind, die Flucht von anderen Formen der Migration unterscheiden sowie die dazu geeignet sind, die gegenstandskonstitutiven Unterscheidungen von Mobilität und Sesshaftigkeit sowie von Migration und Flucht in einer Weise mit normativen Präferenzen zu verbinden, aus der zwingend abgeleitet werden könnte, was handlungspraktisch geboten ist (vgl. Luhmann 1992; Ritsert 2009; Weißmann 2020).

Kennzeichnend für die Flucht- und Flüchtlingsforschung als interdisziplinärem Diskurszusammenhang¹² ist diesbezüglich, dass pragmatisch auf eine verbindliche Klärung der angesprochenen Fragen verzichtet und die Uneinheitlichkeit der diesbezüglichen Annahmen als ein unproblematisches Merkmal des Forschungsfeldes dargestellt wird. Exemplarisch dafür ist die folgende Formulierung zum Forschungsgegenstand aus der Einleitung zum Oxford Handbook of Refugee and Forced Migration Studies (Fiddian-Qasmiyeh et al. 2016), also einem prominenten und anspruchsvollen Versuch der verlässlichen Darstellung des Standes der internationalen Forschung:

»There is no definitive consensus among researchers about where the boundaries of refugee and forced migration studies should be drawn, and the 52 chapters in this volume clearly demonstrate this, offering 52 different perspectives in this field of studies. However, they also vividly illustrate the vibrant and engaging debates that characterize what is a rapidly expanding field.« (ebd., S. 1)

In ihrem Abschlussbericht zum Projekt ›Flucht: Forschung und Transfer‹ setzten sich die Autor*innen (Kleist et al. 2019, S. 9f.) in Übereinstimmung damit explizit mit der Problematik der Gegenstandbestimmung auseinander und kommen dabei zu dieser Folgerung:

¹² Um ein mögliches Missverständnis zu vermeiden, auf das ich durch Anmerkungen zu einer früheren Fassung dieses Textes hingewiesen worden bin: Die folgenden Überlegungen implizieren nicht die Annahme, dass ähnliche Problematiken nicht auch in anderen politiknahen und anwendungsorientierten interdisziplinären Forschungsfeldern, wie zum Beispiel der Friedens- und Konfliktforschung oder der Sicherheitsforschung, bestehen. Diese sind hier aber nicht zu diskutieren.

»Der Forschungsgegenstand ist nicht definiert, sondern selbst zentrales Thema in theoretischen und methodologischen Auseinandersetzungen über das Verhältnis analytischer Kategorien zu politischen und alltäglichen Begriffen (Bakewell 2008; Crawley 2018). Die Flucht- und Flüchtlingsforschung konstituiert sich somit inhaltlich als ein reflexives Bezugsfeld für das Studium aller Aspekte von erzwungener Migration und Schutzgewährungen für Migranten in der gesamten Bandbreite ihrer Definitionen.« (Kleist et al. 2019, S. 10)

Damit wird zwar eingeräumt, dass eine Gegenstandsbestimmung, die für die wissenschaftliche Konturierung eines Forschungsgegenstandes, für eine disziplinäre und interdisziplinäre Verständigung darüber, welches Wissen für die wissenschaftliche Forschung relevant ist, erforderlich ist (siehe Luhmann 1990, S. 446–462), dass also die Frage nach der Definition des Forschungsgegenstands nicht obsolet ist. Der Rückzug auf eine kritiklose Anlehnung an juristische Legaldefinitionen oder politische Festlegungen wird dabei als Lösung ausgeschlossen. Konstatiert wird darauf bezogen jedoch, dass das Forschungsfeld dadurch gekennzeichnet ist, dass – jedenfalls bislang – keine zureichende Klärung des Forschungsgegenstandes erfolgt ist, sondern Auseinandersetzungen darüber selbst Bestandteil des Forschungsfeldes sind. Die Reflexion über den Forschungsgegenstand setzt aber einen Minimalkonsens voraus, der als Bezugspunkt für Auseinandersetzungen, als Bestimmung dessen, worüber kontrovers zu diskutieren ist, beansprucht werden kann. Als dieser Bezugspunkt werden dann die Begriffe erzwungene Migration und Schutzgewährung genannt (siehe oben). Ersichtlich stellt dies aber eher eine Verschiebung als eine tragfähige Lösung des Problems dar, wie eine wissenschaftliche Bestimmung des Forschungsgegenstands vorgenommen werden kann. Denn ob die damit in Anspruch genommene Unterscheidung von erzwungener und freiwilliger Migration tragfähig oder aber analytisch unklar und normativ problematisch ist sowie wie sie gegebenenfalls zu fassen wäre, ist wissenschaftlich kontrovers (siehe dazu als knappen Überblick Scherr und Scherschel 2019, S. 38–45).

Im ergänzenden Verweis auf Schutzgewährung deutet sich zwar die Möglichkeit einer spezifischen Perspektive an – Flucht- und Flüchtlingsforschung als Forschung darüber, wem durch Staaten, durch das geltende Recht und zivilgesellschaftlichen Akteure Schutz gewährt wird und wem nicht, warum dies der Fall ist und was daraus folgt – die auf zweifellos wichtige Fragestellungen verweist (siehe etwa Scherr 2020). Diese Perspektive ist aber für eine umfassende und konsensfähige Bestimmung des Forschungsgegenstandes insofern nicht geeignet, als sie zu einer erheblichen Einschränkung führen würde, in deren Folge erhebliche Teile des etablierten Forschungsfeldes nicht mehr als Beitrag zur Flucht- und Flüchtlingsforschung gelten könnten.

Damit war exemplarisch zu verdeutlichen, dass die Flucht- und Flüchtlingsforschung sich zentral als ein auf politische Diskurse und Problematiken bezogenes interdisziplinäres Forschungsfeld entwickelt hat, in dem bislang keine hinreichende wissenschaftliche Klärung des Forschungsgegenstandes erfolgt und deshalb eine »over-reliance on policy categories« (Bakewell 2008, S. 437) festzustellen ist (vgl. Landau 2007). Eine Distanzierung von politischen Gegenstandsfestlegungen und Problemdefinitionen ist aber nicht verzichtbar, wenn Wissenschaft nicht auf die Funktion eines Wissenslieferanten reduziert werden soll, der sich an politischen Festlegungen ihres Forschungsgegenstandes sowie politischen Festlegungen relevanter Fragestellungen ausrichtet und in der Folge erhebliche Schwierigkeit hat, Autonomie im Verhältnis zu politischen Vorgaben einzufordern. Aus Gründen, auf die im Weiteren noch eingegangen wird (siehe unten), ist eine verbindliche und konsensuelle wissenschaftliche Klärung der Gegenstandsbestimmung gleichwohl nicht zu erwarten. Pragmatisch – und aus der Sicht wissenschaftsexterner Adressat*innen¹³ – liegt diesbezüglich die Frage ›So what?‹ nahe, also die Annahme, dass es sich hierbei um eine für die gesellschaftliche Relevanz der Forschung folgenlose Problematik, um ein wissenschaftsinternes Glasperlenspiel handelt.

Wissenschaftstheoretisch und wissenschaftssoziologisch betrachtet stellt sich dies jedoch anders dar: Die gesellschaftliche Funktion von Wissenschaft besteht darin, ein nach eigenen wissenschaftsinternen Kriterien gültiges Wissen hervorzubringen, auf das sich andere gesellschaftliche Teilbereiche als Informations- und Entscheidungsgrundlage beziehen können und sollen (Luhmann 1990, S. 616–618). Einen Anspruch auf externe Anerkennung der Gültigkeit ihres Wissens kann Wissenschaft jedoch nicht aus der Inanspruchnahme eines gesellschaftsexternen, Objektivität garantierenden Beobachterstandpunktes und auch nicht aus der Autorität einer Sprecher*innenposition ableiten, obwohl die öffentliche Rezeption von Wissenschaft faktisch vielfach dem Muster folgt, bestimmten Wissenschaftler*innen die Rolle von Autoritäten zuzuweisen, denen ein privilegierter Zugang zur Wahrheit zugeschrieben wird. In dem Maße, wie es wissenschaftsintern nicht, oder jedenfalls nur begrenzt gelingt, einen begründeten Konsens darüber zu erzielen, was nach wissenschaftlichen Maßstäben als gültiges und relevantes – das heißt theoretisch fundiertes, methodologisch und methodisch kontrolliertes – Wissen über Flucht und Flüchtlinge zu betrachten ist, ist die Flucht- und Flüchtlingsforschung deshalb aufgefordert, ihren Geltungsanspruch zu rela-

¹³ Bei diesen handelt es sich nicht nur um Personen, sondern auch um Institutionen; dies ist zu betonen, weil die geforderte geschlechtergerechte Schreibweise eine personalisierte Lesart suggeriert.

tivieren, also die relative Unsicherheit und die interne Kontroversität ihres Wissens zu betonen.

Eine solche Selbstbegrenzung und die Verabschiedung von einem naiven Aufklärungsoptimismus, die Aufklärung über die Grenzen der Aufklärung, ist nun zwar wissenschaftstheoretisch geboten und wissenschaftsintern unproblematisch. Zudem ist ein Rückzug auf den Satz ›Further research is needed‹ wissenschaftsintern immer legitim. Dies steht jedoch deshalb in einem Widerspruch zum Anspruch auf gesellschaftliche Relevanz, weil die wissenschaftsexterne Kommunikation dieser Selbstbegrenzung einen naiven Glauben an die unbestreitbare Gültigkeit wissenschaftlichen Wissens in Frage stellt und die wissenschaftsexternen Adressat*innen dazu auffordert, den Wirklichkeitsbeschreibungen der Wissenschaften nicht mehr zuzutrauen, als diesen nach wissenschaftlichen Maßstäben zuzutrauen ist. Da diese Adressat*innen jedoch nicht oder nur sehr begrenzt in der Lage sind, die wissenschaftlichen Geltungsbedingungen jeweiliger Forschungsergebnisse angemessen einzuschätzen, oszilliert die außerwissenschaftliche (politische, mediale, rechtliche, pädagogische usw.) Inanspruchnahme wissenschaftlichen Wissens (nicht nur, aber auch) in der Flucht- und Flüchtlingsforschung zwischen einem naiven Glauben an die Autorität der Wissenschaften und der sie repräsentierenden Wissenschaftler*innen, punktuellen kritischen Rückfragen und einer generellen Wissenschaftskepsis.

Die daraus resultierende Paradoxie, dass Flucht- und Flüchtlingsforschung schon aufgrund der unklaren Abgrenzung ihres Forschungsgegenstandes – und damit zusammenhängend ihrer Verstrickung in kontroverse normative Annahmen – aufgefordert ist, die Begrenztheit ihrer Geltungsansprüche zu betonen, damit aber zugleich den für eine politiknahe Entwicklung des Forschungsfeldes zentralen Anspruch auf praktische Relevanz untergraben würde, ist logisch nicht auflösbar. Wie im Weiteren zu zeigen sein wird, stellt auch der diesbezüglich vielfach in Anspruch genommene »dual imperativ« (Jacobson und Landau 2003, S. 1) keine überzeugende Lösung dar, da er auf eine Klärung der unhintergehbaren normativen Voraussetzungen der Forschung über Zwangsmigration und Flucht verzichtet und damit eine grundagentheoretische Problematik umgeht.

3 Doppelter Imperativ, flüchtlingssolidarische Forschung, Werturteilsfreiheit

Sozialwissenschaftliche Forschung kann zweifellos nur dann einen Anspruch auf gesellschaftliche Relevanz reklamieren, wenn sie durch ihre Forschung ein Wissen bereitstellen kann, das dazu geeignet ist, zur Bewältigung gesellschaftlicher sozialer Probleme oder einer Verbesserung der Lebensbedingun-

gen beizutragen. Dazu ist es zwingend erforderlich, normative Maßstäbe in Anspruch zu nehmen, die eine begründete Entscheidung über abzulehnende und anzustrebende Zustände erlauben.¹⁴ Selbst ein normativer Aufladungen unverdächtigter Wissenschaftler wie Niklas Luhmann beansprucht deshalb, dass seine Theoriearbeit darauf zielt, »weniger schmerzhaftere, besser erträgliche« Lösungen gesellschaftlicher Probleme zu ermöglichen und verbindet dies mit einem Verständnis von Soziologie als einer »Therapie«, »die weniger schmerzhaftere Lösungen zu erreichen versucht« (Luhmann 1996, S. 45; vgl. Weißmann 2020).

Insofern ist es vordergründig betrachtet unproblematisch und trivial, dass die Flucht- und Flüchtlingsforschung darauf ausgerichtet ist, nicht nur das verfügbare historische, rechtswissenschaftliche, soziologische, ethnologische, erziehungs- oder politikwissenschaftliche Wissen zu erweitern, sondern auch einen Beitrag dazu zu leisten, »helping the millions of people caught up in human disasters and complex emergencies« (Jacobson und Landau 2003, S. 1), um nur eine der zahlreichen ähnlichen einschlägigen Formulierungen zu zitieren. Eine auch nur oberflächliche Kenntnis der Wissenschaftsgeschichte zeigt diesbezüglich jedoch, dass ein naives Vertrauen darauf, dass die Vermehrung des wissenschaftlichen Wissens zu einer in irgendeiner Weise besseren – humaneren, gerechteren, friedlicheren – gesellschaftlichen Praxis beiträgt, nicht haltbar ist, sowie dass moralisch gute Intentionen von Wissenschaftler*innen nicht ausreichen, um eine moralisch verwerfliche Verwendung wissenschaftlichen Wissens zu verhindern. Etwas zugespitzter formuliert: Von wissenschaftlicher Forschung ist zu erwarten, dass sie zur Steigerung des verfügbaren Wissens führt; damit zugleich die Erwartung zu verbinden, dass dies zwangsläufig direkt oder indirekt auch zu einem moralischen Fortschritt beiträgt, ist zumindest hoch riskant und tendiert zur Wiederbelebung eines Aufklärungsoptimismus, der weder wissenschaftshistorisch noch wissenschaftstheoretisch gut begründbar ist (siehe dazu etwa Rorty 1998; 2003). Dieser Problematik muss sich auch die Flucht- und Flüchtlingsforschung stellen, und sie kann sich nicht auf die Position eines naiven Empirismus zurückziehen, der auf wissenschaftstheoretische und -ethische Klärungen verzichtet.

Zur Verdeutlichung: Die Forschung über Fluchtursachen und eine erwartbare Zunahme der Zahl potenzieller Zwangsmigrant*innen kann auch dazu verwendet werden, Forderungen nach einer Eingrenzung des Flüchtlingsbegriffs und einer darauf bezogenen Regulierung erwartbarer Fluchtbewegungen zu begründen (siehe etwa Ott 2020); Forschungsergebnisse über

¹⁴ Siehe zur Begründung etwa Ritsert 2009, Sayer 2011 und Weißmann 2020; vgl. zur neueren Kritikkontroverse in der Soziologie Scherr 2017, Vobruba 2013 und 2017.

Fluchtwege, Fluchthelfer*innen und Unterstützungsnetzwerke sind offenkundig auch für die Entwicklung von Kontroll- und Verhinderungsstrategien relevant; Studien zu Migrationsursachen können auch dazu geeignet sein, infrage zu stellen, wie weit es sich in jeweiligen Fällen tatsächlich um Zwangsmigration oder Flucht handelt (siehe etwa Ahmad 2019a; Ahmad 2019b); und wissenschaftliches Wissen über zivilgesellschaftliche Solidarisierung mit Geflüchteten kann dazu verwendet werden, Strategien zur Förderung von Entsolidarisierung zu entwickeln (siehe etwa Scherr 2017a). Demgegenüber besteht ein weitreichender Konsens in der wissenschaftlichen Flucht- und Flüchtlingsforschung an Hochschulen darin, dass sie zur Verbesserung der Situation von Zwangsmigrant*innen und Flüchtlingen beitragen will – und nicht zur Optimierung von Selektionsprozessen und Kontrollstrategien.

Anders verhält dies sich jedoch im Bereich der politiknah institutionalisierten Forschung, wie sie im Aufenthaltsgesetz als Aufgabe des Bundesamtes für Migration und Flüchtlinge verankert ist. Erklärte Aufgabe dieser Forschung ist das »Betreiben wissenschaftlicher Forschungen über Migrationsfragen (Begleitforschung) zur Gewinnung analytischer Aussagen für die Steuerung der Zuwanderung« (Aufenthaltsgesetz, § 75, Abs. 4). Wissenschaftliche Forschung ist hier nicht nur auf eine allgemeine Politikberatung im Hinblick auf Migrationssteuerung ausgerichtet, sondern beansprucht zudem, durch die sogenannten Entscheiderbriefe auch eine Grundlage für behördliche Entscheidungen in Asylverfahren bereitstellen zu können. Hinzuweisen ist in diesem Zusammenhang auch auf die Bedeutung einer politiknahen Wissenschaft, so im Fall der Europäischen Stabilitätsinitiative, die ihr Bewährungskriterium nicht in ihrem Beitrag zum wissenschaftlichen Diskurs, sondern darin sieht, »to influence decision makers to change their policies« und sich dementsprechend als Erfolg zuschreibt, dass »our team has laid the foundation for the EU-Turkey statement and continues to be at the heart of asylum policy debates in key EU member states«. ¹⁵

In Bezug auf die skizzierte Problematik einer Forschung, die beansprucht, zur Verbesserung der Situation von Flüchtlingen beizutragen, wird wiederkehrend auf Turtons (1996, S. 96) Position verwiesen, dass Flüchtlingsforschung nur durch ihren Beitrag zur Verringerung des Leidens von Geflüchteten legitimiert werden kann sowie der sogenannte »dual imperative« (Jacobson und Landau 2003, S. 1–3) als Lösungsangebot beansprucht. ¹⁶ Dieser

¹⁵ Zitiert nach <https://www.esiweb.org/who-we-are>. (Zugriff 12.7.2020).

¹⁶ Siehe etwa Fiddian-Quasmiyeh et al. 2016, S. 3, im Sinne einer programmatischen Orientierung auch im Editorial der Zeitschrift für Flüchtlingsforschung (Berlinghoff et al. 2017, S. 6).

doppelte Imperativ besagt jedoch im Kern nur, dass die Forschung im Interesse der praktischen Relevanz »high academic standards« (ebd., S. 1) nicht vernachlässigen soll, und es wird nicht zureichend geklärt, was unter diesen Standards zu verstehen ist: Die Frage nach den einzuhaltenden wissenschaftlichen Standards wird bei Jacobson und Landau (2003) vor allem in Hinblick auf Forschungsmethoden diskutiert. In Zusammenhang damit werden zwar auch forschungsethische Problematiken angesprochen (ebd., S. 9–11); so wird unter anderem dazu aufgefordert zu bedenken, dass durch die Forschung Daten öffentlich zugänglich werden können, die zum Schaden der Beforschten verwendet werden können (ebd., S. 10). Darauf bezogen werden forschungsmethodische Empfehlungen ausgesprochen, eine grundlagentheoretische Klärung im Hinblick auf Erkenntnisinteressen und forschungsleitende Fragestellungen bleibt jedoch aus.

Dem korrespondiert in der deutschsprachigen Flüchtlingsforschung unter anderem die Programmatik des Netzwerks Fluchtforschung, das sich neben den universitären und außeruniversitären Institutionen der Migrationsforschung als ein zentraler Ort der Vernetzung einer eigenständigen Flucht- und Flüchtlingsforschung etabliert hat. Auch dort verbindet sich eine klare Orientierung am Ziel der wissenschaftlichen Profilierung des Forschungsgebietes mit dem Verzicht auf eine vorausgehende grundlagentheoretische Klärung und ethische Positionierung. In der Selbstbeschreibung des Netzwerkes wird dies in folgender programmatischer Formulierung deutlich:

»Sein Zweck ist es unter anderem die Flucht- und Flüchtlingsforschung in der Wissenschaftslandschaft zu stärken, Forschungsarbeiten auf dem Gebiet der Flucht- und Flüchtlingsforschung zu fördern, zum Dialog zwischen Wissenschaft und Praxis sowie zum Transfer von Forschungsergebnissen beizutragen, die kritische Auseinandersetzung mit Flucht, Asyl, Flüchtlingsschutz und Lebensbedingungen Geflüchteter unter Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftlern wie auch den Transfer von wissenschaftlichen Ergebnissen in die Öffentlichkeit zu unterstützen.«¹⁷

Zwar werden die eigenen Forschungsintentionen hier als »kritische Auseinandersetzung« skizziert. Was dabei unter Kritik zu verstehen ist – wissenschaftsinterne Kritik, Kritik an bestimmten Positionen in der Flüchtlingspolitik oder gar fundamentale Macht- und Herrschaftskritik – bleibt aber ebenso unbestimmt, wie keine Aussage zu den wissenschaftstheoretischen, methodologischen, methodischen und normativen Maßstäben getroffen wird, die dafür in Anspruch genommen werden. Dieser Verzicht, in dem man ein grundlagentheoretisches Defizit sehen kann, hat jedoch einen wissenschaftspragmatischen Vorteil: Damit wird die Beteiligung unterschiedlicher Dis-

¹⁷ Zitiert nach <https://fluchtforschung.net/uber-netzwerk-fluchtlingsforschung/>. (Zugriff 12.7.2020).

ziplinen und wissenschaftlicher Positionen am Kommunikationszusammenhang des Netzwerks ermöglicht und kann an Politik die Erwartung adressiert werden, als seriöse, politisch unvoreingenommene Forschung und damit als Dialogpartner ernst genommen zu werden.

Ein andere und klarere, aber gleichwohl in anderer Weise problematische Umgangsweise mit der Frage nach den Zielen und potenziellen Folgen von Flüchtlingsforschung kennzeichnet Forschungskonzepte, die dezidiert eine flüchtlingsolidarische Position einnehmen und dies mit der dezidierten Kritik an den dominanten politischen Positionen sowie an geltenden rechtlichen Festlegungen verbinden. Im deutschen Kontext ist eine solche Position zentral durch das Netzwerk ›Kritnet‹, das ›Labor für kritische Migrations- und Grenzregimeforschung‹¹⁸, die Publikationsreihe ›Grenzregime‹ (Hess et al. 2016) und die Zeitschrift *movements*¹⁹ repräsentiert. Diese Forschungsrichtung zielt weniger – oder jedenfalls nicht exklusiv – auf einen Dialog mit staatlicher Politik, sondern stärker auf Bündnisse von wissenschaftlicher Forschung mit zivilgesellschaftlichen Protestbewegungen – in der Sprache des Milieus: flüchtlingsolidarischem Aktivismus – und mit Formen der Selbstorganisation von Geflüchteten sowie auf eine Wissensproduktion, die etablierte Grenzziehungen von Wissenschaft und anderen Wissensformen aufzubrechen versucht:

»Dabei geht es darum, einen alternativen, dialogisch-solidarischen, reflexiven Wissens-Raum zu eröffnen, in dem Forschungen und aktivistische Wissensproduktionen sich gegenseitig unterstützen, um jene Methodiken und theoretischen Ansätze weiter zu entwickeln, die die Genese, die Praktiken, Diskurse, Institutionalisierungen, Effekte und direkte Auswirkungen des europäischen Grenzregimes in einer kritischen und zur Kritik befähigenden Art und Weise reflektieren helfen.«²⁰

Die bereits in diesem Zitat aufscheinende dedizierte Kritik der europäischen Flüchtlingspolitik wird zum Beispiel in der Einleitung zum Band 3 der Reihe Grenzregimeforschung deutlicher:

»30 Jahre lang haben die europäischen Staaten im Verbund mit der EU versucht, ein höchst selektives, mehrstufiges und weit über die EU hinausreichendes Grenzregime zu etablieren. Benannt nach dem kleinen belgischen Ort Schengen wurde eine rassistische und klassistische europäische Mobilitätsordnung etabliert, die auf das ›Interesse‹ der europäischen Hegemonen ausgerichtet ist.« (Hess et al. 2016, S. 6)

Kennzeichnend für diese Positionierung ist zunächst die auch für die einschlägigen Analysen (siehe z.B. die Beiträge in Hess und Kasperek 2010,

18 S. <http://kritnet.org> sowie <http://www.uni-goettingen.de/de/labor+f%c3%bc+r+kritische+migrations-+und+grenzregimeforschung/324265.html> (Zugriff 12.7.2020).

19 <https://movements-journal.org/> (Zugriff 12.7.2020).

20 Zitiert nach <http://kritnet.org/netzwerk/> (Zugriff 12.7.2020).

Heimeshoff et al. 2014 und Hess et al. 2017) charakteristische Tendenz, eine Kritik staatlicher Flüchtlingspolitik als illegitime Herrschaftsausübung mit einer unkritischen Sichtweise auf die Forderungen zivilgesellschaftlicher Gruppierungen und von Selbstorganisationen Geflüchteter zu verbinden. Damit wird wissenschaftlich eine Position eingenommen, die eine grundsätzliche Kritik staatlicher Politik mit einer unkritischen Affirmation der »Kämpfe von Migrant_innen« (Hess 2016, S. 34) gegen die etablierten Grenzregime verbindet. Migration wird als »politische, soziale und transformative Praxis«, als eine »aktive Transformation des sozialen Raumes und eine welt-schaffende Praxis« (ebd., S. 32) betrachtet und dabei angenommen, dass es sich um eine anzustrebende, positiv zu bewertende Transformation handelt. Ein zentrales Ziel der Analysen in den einschlägigen Veröffentlichungen ist dementsprechend die empirisch fundierte Anklage der Einschränkungen ihrer Bewegungsfreiheit, denen Flüchtende durch staatliche Politik und geltendes Recht unterworfen sind sowie des dadurch bedingten Leidens.

Damit wird eine absichtsvolle Vereinseitigung des Erkenntnisinteresses auf die Kritik der problematischen Auswirkungen der etablierten Flüchtlingspolitik und des geltenden Flüchtlingsrechts vorgenommen, es geht hier explizit um eine macht- und herrschaftskritische Ausrichtung der Forschung. Dies ist zweifelsfrei legitim und steht auch nicht in Widerspruch zur Forderung nach Werturteilsfreiheit. Denn das Webersche Prinzip der Werturteilsfreiheit fordert keineswegs zu einer solchen Wissenschaft auf, die auf wertgeleitete Fragestellungen verzichtet und bestreitet auch nicht, dass Wissenschaftler*innen legitimiert sind, wertende Aussagen zu treffen. Webers Plädoyer richtet sich gegen die Vermischung von wissenschaftlichen Tatsachenfeststellungen einerseits, Werturteilen sowie politischen Stellungnahmen andererseits, jedoch dezidiert »nicht etwa gegen das Eintreten für die eigenen Ideale« (Weber 1904/1973, S. 197). Vielmehr wird bei Weber akzentuiert: »*Gesinnungslosigkeit* und *wissenschaftliche Objektivität* haben keinerlei innere Verwandtschaft« (ebd.; Hervorhebung im Original). Kern der Forderung nach Werturteilsfreiheit ist bei Weber allein die Forderung, deutlich zwischen wissenschaftlichen, also methodisch kontrolliert erzeugten Tatsachenbehauptungen einerseits und ihrer Bewertung aufgrund von ethischen und politischen Präferenzen andererseits zu unterscheiden, die selbst nicht wissenschaftlich begründet werden können (vgl. Dahms 2013). Insofern ist von einer als Macht- und Herrschaftskritik angelegte Forschung – wie von jeder anderen Forschung auch – nicht mehr und nicht weniger zu fordern, als transparent zu halten, welche normativen Grundsätze sie in Anspruch nimmt und von welchen Vorstellungen über Merkmale einer anstrebenswerten gesellschaftlichen Transformation sie ausgeht. Ein starker Bezug auf Wertungen ist in der wissenschaftlichen Forschung keineswegs unzulässig,

sofern dies nicht dazu führt, dass empirische Tatsachen und theoretische Argumente, die den eigenen Überzeugungen widersprechen, ignoriert und damit wissenschaftliche Grundprinzipien verletzt werden.

Eine solche offen normative und politische Ausrichtung der Forschung hat allerdings eine wissenschaftspragmatische Implikation, die in einem Spannungsverhältnis zu ihren kritischen Intentionen steht: Adressat*innen einer solchen Forschung, die deren normative und politische Überzeugungen nicht teilen, haben gute Gründe, solcher Forschung nur begrenzte Relevanz zuzusprechen. Das heißt konkret: Eine staatliche Politik, die auf eine an nationalstaatlich beziehungsweise europäisch gefassten Interessen und einer am positiven Recht orientierte Regulierung von Migration ausgerichtet ist, hat von einer Forschung, die staatliche Regulierung von Migration prinzipiell als illegitime Herrschaft betrachtet, globale Bewegungsfreiheit einfordert und in der Konsequenz in die realpolitisch nicht tragfähige Forderung nach offenen Grenzen mündet (siehe Scherr 2020a), wenig für eigene politische Entscheidungen relevante Einsichten zu erwarten.

Auf Grundlage der hier vorgenommenen Unterscheidung von Forschungsstilen und ihrer jeweiligen Problematik ist festzustellen, dass die Flucht- und Flüchtlingsforschung bislang keine überzeugende und konsensfähige Antwort auf die Frage hervorgebracht hat, wie sie ihrem Anspruch gerecht werden kann, nicht nur zur Steigerung des verfügbaren Wissens, sondern zugleich auch zur Verbesserung der Situation von Flüchtlingen beizutragen – und dass dies auch nicht zu erwarten ist. Denn politische Wirkungen kann die Forschung nur dann erzielen, wenn es ihr gelingt, aus der Sicht jeweiliger politischer Adressat*innen praktikable und mit demokratischen Mitteln durchsetzbare Lösungen der Probleme aufzuzeigen, mit denen Politik befasst ist; wenn es also idealiter gelingt, Möglichkeiten dazu aufzuzeigen, was bessere – normativ akzeptablere – Umgangsweisen mit dem nicht auflösbaren Widerspruch zwischen nationalstaatlich gefassten Interessen und legitimen Ansprüchen von Flüchtlingen auf Aufnahme und Schutz sind (siehe Ott 2016; Scherr 2015a, 2020a, 2020b). Diesbezüglich ist unter Bedingungen einer funktional differenzierten Gesellschaft davon auszugehen, dass die Rezeption und Verwendung wissenschaftlichen Wissens durch Politik, Recht, Massenmedien und soziale Bewegungen durch die Eigenlogik dieser Teilsysteme bestimmt ist (Luhmann 1990, S. 271–273, 616–618), also durch wissenschaftliche Forschung nicht und durch wissenschaftspolitische Anstrengungen nur begrenzt beeinflusst werden kann. Insofern liegt es erstens nahe, davon auszugehen, dass sozialwissenschaftliche Forschung auch im Bereich der Flucht- und Flüchtlingsforschung in der Erwartung außerwissenschaftlicher Relevanz keine zureichende Grundlage für ihre weitere Ent-

wicklung findet, sie also darauf verwiesen ist, sich vor allem an ihrem möglichen Beitrag zu wissenschaftsinternen Erkenntnisfortschritten zu orientieren.

Zweitens kann hierin eine Begründung für Bemühungen gesehen werden, die Bedeutung der Vermittlung wissenschaftlichen Wissens – in Studiengängen und an den Schnittstellen von Wissenschaft zu den Massenmedien sowie zur politischen Bildung – zu betonen und diese institutionell zu stärken.²¹ Diesbezüglich stellen im Bereich der Flucht- und Flüchtlingsforschung beispielsweise die Publikationen der Bundeszentrale für politische Bildung, des Mediendienstes Integration²², die Gutachten und Stellungnahmen des Sachverständigenrates deutscher Stiftungen für Integration und Migration²³ sowie des Rats für Migration²⁴ Versuche dar, wissenschaftliche Forschungsergebnisse in einer öffentlich rezipierbaren und politikrelevanten Weise aufzubereiten. Geht man diesbezüglich davon aus, dass wissenschaftliche Forschung gleichwohl gewöhnlich wenig mehr erreichen kann, als Resonanzen innerhalb wissenschaftlicher Fachdiskurse zu erzielen, dann heißt dies drittens aber auch, dass Engagement in der Flüchtlingsforschung kein zu reichendes Substitut für die Verantwortung ist, die Wissenschaftler*innen als Staatsbürger*innen zukommt, also als Mitglieder eines politischen Gemeinwesens, die sich mit ihren politischen Überzeugungen an politischen Willensbildungs- und Entscheidungsprozessen beteiligen können. Erkennt man die nicht sinnvoll auflösbare Differenz zwischen wissenschaftlicher Forschung und politischem Engagement an, dann fällt es in die Zuständigkeit einzelner Forscher*innen und Forschungsgemeinschaften, für sich eine plausible Antwort darauf zu finden, wie sie mit dem daraus resultierenden Spannungsverhältnis umgehen wollen, also zum Beispiel wie stark oder schwach sie ihre Forschung an den politischen Themensetzungen ausrichten oder welche Anteile ihrer Zeit sie der Forschung und welche dem eigenen politischen Engagement widmen wollen.

21 Unter den Leitbegriffen ›Public Sociology‹ beziehungsweise ›Öffentliche Soziologie‹ wird in Anschluss an Burawoy (2004) eine Debatte über die Möglichkeit geführt, die Vermittlung soziologischen Wissen an außerdisziplinäre Öffentlichkeiten zu stärken. Dabei zeigt sich, dass die Unterscheidung zwischen der Vermittlung wissenschaftlichen Wissens und persönlichen politischen und moralischen Überzeugungen jeweiliger Wissenschaftler*innen hier prekär ist und sich deshalb das Problem reproduziert, das bei Max Weber (1914/1973) dazu geführt hat, die Kathedersozialisten anzumahnen, in der Darstellung der Ergebnisse wissenschaftlicher Forschung transparent zwischen wissenschaftlichem Wissen und eigenen Werturteilen zu unterscheiden.

22 <https://mediendienst-integration.de/migration/flucht-asyl.html> (Zugriff 12.7.2020).

23 <https://www.svr-migration.de/publikationen/> (Zugriff 12.7.2020).

24 <https://rat-fuer-migration.de/aktuelles/> (Zugriff 12.7.2020).

4 Weitere Ausdifferenzierung oder gesellschaftstheoretische Rückbindung der Flucht- und Flüchtlingsforschung?

Die Ausdifferenzierung von Teildisziplinen und interdisziplinären Forschungsfeldern ermöglicht zwar die Entwicklung eines themenbezogenen Sonderwissens, steht aber immer auch in der Gefahr, dass dadurch übergreifende Zusammenhänge aus dem Blick geraten. Im Fall der Flucht- und Flüchtlingsforschung ist dies deshalb in besonderer Weise problematisch, weil die für sie konstitutive Unterscheidung von Flucht und anderen Formen der Migration wissenschaftlich nicht zwingend begründet werden kann und auch die Erweiterung des Gegenstandsbereichs auf Zwangsmigration dieses Problem gerade nicht löst, sondern eher verschärft. Dies wird in Debatten deutlich, in denen wiederkehrend Begründungen für eine Ausweitung des Flüchtlingsbegriffs erfolgt sind und in der Konsequenz eine Ausweitung der Kriterien eingefordert wird, die der politischen und rechtlichen Anerkennung von Migrant*innen als Flüchtlinge, die einen Anspruch auf Aufnahme und Schutz haben sollen, zugrunde gelegt werden. Denn dort finden sich zwar moralisch gute Argumente für eine weitreichende Ausweitung (siehe bereits Shacknove 1985; vgl. Scherr 2018). Dies geschieht jedoch mit der Konsequenz, dass an die Flüchtlingspolitik die Erwartung adressiert wird, eine umfassende, alle Formen von durch ökonomische und ökologische Zwänge bedingter Migration sowie auch die Bekämpfung von Fluchtursachen betreffende Zuständigkeit für Auswirkungen globaler Ungleichheiten und Ungechtigkeiten zu übernehmen. Damit aber wird der Migrations- und Flüchtlingspolitik eine Last aufgebürdet, die sie nicht schultern kann, da sie in Konkurrenz zu anderen Politikbereichen steht sowie als nationalstaatliche beziehungsweise europäische Politik zugleich den partikularen Interessen ihrer Bürger*innen verpflichtet ist. Deshalb ist Flüchtlingspolitik – selbst wenn sie es wollte – nicht in der Lage, die Grenzen der mehrheitsfähigen Bereitschaft der Staatsbürger*innen zu ignorieren, weitere Flüchtlinge aufzunehmen.

Für die künftige Forschung ist daraus die Konsequenz zu ziehen, dass sie die begrenzten Möglichkeiten von Flüchtlingspolitik in Rechnung stellen und deshalb berücksichtigen muss, dass zweifellos gut begründbare Forderungen nach Anerkennung unterschiedlicher Formen von (Zwangs-)Migration als Flucht, die zu Aufnahme und Schutz berechtigen, nicht dazu geeignet sind, dieses Problem zu lösen. Folglich ist auch der mögliche Beitrag einer ausdifferenzierten Flucht- und Flüchtlingsforschung zur Lösung der Folgeprobleme globaler Ungleichheiten begrenzt. Zudem ist zu berücksichtigen, dass die

Fokussierung der Flucht- und Flüchtlingsforschung auf Geflüchtete, also auf die Situation derjenigen, die in der Lage sind, ihre Herkunftsregionen beziehungsweise Herkunftsländer zu verlassen, selbst selektiv und insofern im Sinne einer universalistischen Moral nicht überzeugend ist.

Betrachtet man Migration dagegen als eine Artikulation struktureller Widersprüche der Weltgesellschaft (Bommes 1991, S. 20f.) unter anderen, dann spricht das dafür, die Suche nach einem normativ akzeptableren Umgang mit den Auswirkungen dieser Widersprüche nicht auf den Bereich der Migrations- und Flüchtlingspolitik zu begrenzen, sondern andere Möglichkeiten – etwa von Wirtschafts- und Handelspolitik, globaler Armutsbekämpfung, ziviler Konfliktbearbeitung und Entwicklungszusammenarbeit – mit zu bedenken. Wissenschaftliche Forschung kann dazu aber nur dann einen Beitrag leisten, wenn die Ausdifferenzierung von jeweiligen Forschungsfeldern nicht nur als eine notwendige Spezialisierung, sondern zugleich auch als ein Problem – als Verengung der Problemwahrnehmung und damit der Lösungsperspektiven – betrachtet wird. Insofern gilt es, die Ausdifferenzierung einer eigenständigen Flucht- und Flüchtlingsforschung ebenso wie die Ausdifferenzierung einer eigenständigen Migrationsforschung immer wieder erneut zu hinterfragen und zu versuchen, übergreifende disziplinäre und interdisziplinäre Arbeits- und Kommunikationszusammenhänge zu ermöglichen. Fragt man dann danach, wie eine die etablierten Ausdifferenzierungen überschreitende wissenschaftliche Kommunikation ermöglicht werden kann, welcher diskursive Rahmen dafür geeignet ist, dann lautet eine naheliegende Antwort, jedenfalls aus der disziplinären Sicht der Soziologie: Gesellschaftstheorie. Insofern ist die Flucht- und Flüchtlingsforschung aufzufordern, ihre Ausdifferenzierung als eigenständiges Forschungsfeld kritisch zu hinterfragen und im Dialog mit der Migrationsforschung zu bleiben, die ihrerseits aufgefordert ist, sich nicht nur als eine »heimliche Reflexionstheorie des politischen Systems« (Bommes 2011, S. 45) zu begreifen, sondern die Auseinandersetzung mit dem Theorieangebot der Gesellschaftstheorie zu suchen. Dies gilt insbesondere für gesellschaftstheoretische Bemühungen, die darauf ausgerichtet sind, Strukturbedingungen von globalen Ungleichheiten sowie nationalgesellschaftlichen Menschenrechtsverletzungen und damit auch von Fluchtursachen aufzuzeigen (siehe etwa Heintz und Leisering 2015; Weiß 2017).

Abschließend: Die vorstehenden Ausführungen können nicht nur als Plädoyer dafür gelesen werden, Flucht- und Flüchtlingsforschung stärker als bislang an wissenschaftlichen Fragestellungen statt an politischen Vorgaben auszurichten. Sie können auch als Aufforderung dazu verstanden werden, die eigenen Ressourcen und Energien stärker in politisches Engagement statt in wissenschaftliches Forschen zu investieren. Der Autor präferiert diesbe-

züglich einen dritten Weg: Den Versuch, beides in einer persönlich verantwortbaren Weise zu verbinden, ohne die Differenzen zwischen der Logik wissenschaftlicher Forschung und der Logik politischen Engagements zu vermischen. Dies ist einer Einsicht Max Webers (Weber 1914/1974, S. 265) geschuldet, die sich in meinen biographischen Erfahrungen mit Wissenschaft und Engagement bestätigt hat: dass es beiden Sphären schadet, wenn man sie allzu sehr zusammenzwingt.

Literatur

- Adorno, Theodor W. 1969. Marginalien und Praxis. In *Stichworte: Kritische Modelle 2*, Hrsg. Theodor Adorno, 169–191. Frankfurt a.M.: Suhrkamp.
- Ahmad, Ali Nobil. 2019a. »Die Orangen in Europa schmecken besser«: Junge Somalis und ihr gefährlicher Weg nach Europa. In »Die Orangen in Europa schmecken besser«: Über Fluchtursachen, ihre Bekämpfung und was daran nicht stimmt, Hrsg. Heinrich-Böll-Stiftung, 75–99. Berlin: HBS.
- Ahmad, Ali Nobil. 2019b. Topographie der Komplexität: über Migration in, aus und nach Pakistan. In »Die Orangen in Europa schmecken besser«: Über Fluchtursachen, ihre Bekämpfung und was daran nicht stimmt, Hrsg. Heinrich-Böll-Stiftung, 31–66. Berlin: HBS.
- Arslan, Emre, und Kemal Bozay, Hrsg. 2019. *Symbolische Ordnungen und Flüchtlingsbewegungen in der Einwanderungsgesellschaft*. Wiesbaden: Springer.
- Baar, Walter. 2018. Demography, Migration, and the European Welfare State. In *Refugees and Migrations in Law and Policy: Challenges and Opportunities for Global Civic Education*, Hrsg. Helmut Kury, und Sławomir Redo, 3–36. Wiesbaden: Springer.
- Bakewell, Oliver. 2008. Research Beyond the Categories: The Importance of Policy Irrelevant Research into Forced Migration. *Journal of Refugee Studies* 21 (4): 432–453.
- Beck, Ulrich, und Wolfgang Bonß, Hrsg. 1989. *Weder Sozialtechnologie noch Aufklärung?*. Frankfurt a.M.: Suhrkamp.
- Berlinghoff, Marcel, und J. Olaf Kleist, Hrsg. 2021. *Interdisziplinäre Flüchtlingsforschung: Schlüsselthemen eines neuen Feldes*. Baden-Baden: Nomos.
- Berlinghoff, Marcel, J. Olaf Kleist, Ulrike Krause, und Jochen Oltmer. 2017. Editorial. *Zeitschrift für Flüchtlingsforschung* 1: 3–8.
- Binner, Kristina, und Karin Scherschel, Hrsg. 2019. *Fluchtmigration und Gesellschaft: Von Nutzenkalkülen, Solidarität und Exklusion*. Weinheim: Beltz Juventa.
- Black, Richard. 2001. Fifty Years of Refugee Studies: From Theory to Policy. *International Migration Review* 35 (1): 57–78.
- Bommes, Michael, Hrsg. 2011. *Migration und Migrationsforschung in der modernen Gesellschaft*. IMIS-Beiträge 38. Osnabrück: IMIS.
- Bude, Heinz. 2005. Auf der Suche nach einer öffentlichen Soziologie: Ein Kommentar zu Michael Burawoy. *Soziale Welt* 56 (4): 375–380.
- Burawoy, Michael. 2005. 2004 Presidential Address: For Public Sociology. *American Sociological Review* 70: 4–28.
- Castles, Stephen. 2005. Warum Migrationspolitiken scheitern. *Peripherie* 97/98: 10–34.
- Cyrus, Norbert. 2011. Die Eigendynamik der Migrationsprozesse lässt sich nicht steuern: Warum Migrationsmanagement nicht funktionieren kann. <http://www.migrati>

- on-boell.de/downloads/migration/Dossier_Transnationalismus_und_Migration.pdf.
Zugriff: 3.4.2020.
- Dahms, Hans-Joachim. 2013. Bemerkungen zur Geschichte des Werturteilsstreits. In *Werte in den Wissenschaften: Neue Ansätze zum Werturteilsstreit*, Hrsg. Martin Carrier, und Gerhard Schurz, 74–107. Frankfurt a.M.: Suhrkamp.
- Fiddian-Quasmiyeh, Elena, Gil Loescher, Katy Long, und Nando Sigona, Hrsg. 2016a. *The Oxford Handbook of Refugee and Forced Migration Studies*. Oxford: Oxford University Press.
- Fiddian-Quasmiyeh, Elena, Gil Loescher, Katy Long, und Nando Sigona. 2016b. Introduction: Refugee and Forced Migration Studies in Transition. In *The Oxford Handbook of Refugee and Forced Migration Studies*, Hrsg. Elena Fiddian-Quasmiyeh, Gil Loescher, Katy Long, und Nando Sigona, 1–22. Oxford: Oxford University Press.
- Ghaderi, Cinur, und Thomas Eppenstein, Hrsg. 2017. *Flüchtlinge: Multiperspektivische Zugänge*. Wiesbaden: Springer VS.
- Gibney, Matthew. 2016. Political Theory, Ethics, and Forced Migration. In *The Oxford Handbook of Refugee and Forced Migration Studies*, Hrsg. Elena Fiddian-Quasmiyeh, Gil Loescher, Katy Long, und Nando Sigona, 48–59. Oxford: Oxford University Press.
- Heimeshoff, Lisa-Marie, Sabine Hess, Stefanie Kron, Helen Schwenken, und Miriam Trzeciak, Hrsg. 2014. *Grenzregime II: Migration – Kontrolle – Wissen: Transnationale Perspektiven*. Berlin: Assoziation A.
- Heintz, Bettina. 2015. Die Weltgesellschaft und ihre Menschenrechte: Eine Herausforderung für die Soziologie. In *Menschenrechte in der Weltgesellschaft: Deutungswandel und Wirkungsweise eines globalen Leitwerts*, Hrsg. Bettina Heintz, und Britta Leisering, 21–64. Frankfurt a.M.: Campus Verlag.
- Heinzmann, Cornelia. 2015. *Mobilitätspartnerschaften und zirkuläre Migration zwischen der EU und Afrika: Politische und rechtliche Rahmenbedingungen*. Frankfurt a.M.: Peter Lang.
- Hess, Sabine, und Bernd Kasperek, Hrsg. 2010. *Grenzregime I: Diskurse, Praktiken, Institutionen in Europa*. Berlin: Assoziation A.
- Hess, Sabine, Bernd Kasperek, Stefanie Kron, Mathias Rodatz, Maria Schwertl, und Simon Sontowski, Hrsg. 2017. *Grenzregime III: Der lange Sommer der Migration*. Berlin: Assoziation A.
- Heintz, Bettina, und Britta Leisering, Hrsg. 2015. *Menschenrechte in der Weltgesellschaft: Deutungswandel und Wirkungsweise eines globalen Leitwerts*. Frankfurt a.M.: Campus Verlag.
- Jacobson, Karen, und Loren Landau. 2003. *Researching Refugees: Some Methodological and Ethical Considerations in Social Science and Forced Migration*. Genf: UNHCR.
- Japp, Klaus P. 2015. Zur Funktion der Menschenrechte in der Weltgesellschaft: Niklas Luhmanns »Grundrechte als Institution« revisited. In *Menschenrechte in der Weltgesellschaft: Deutungswandel und Wirkungsweise eines globalen Leitwerts*, Hrsg. Bettina Heintz, und Britta Leisering, 65–97. Frankfurt a.M.: Campus Verlag.
- Kersting, Daniel, und Marcus Leuoth, Hrsg. 2019. *Der Begriff des Flüchtlings: Rechtliche, moralische und politische Kontroversen*. Stuttgart: J.B. Metzler.
- Kleist, J. Olaf, Marcus Engler, Benjamin Etzold, Katja Mielke, Jochen Oltmer, Andreas Pott, Conrad Schetter, und Lars Wirkus. 2019. *Abschlussbericht: Flucht- und Flüchtlingsforschung in Deutschland: Eine Bestandsaufnahme*. Osnabrück/Bonn: IMIS/BICC.

- Kury, Helmut, und Sławomir Redo, Hrsg. 2018. *Refugees and Migrants in Law and Policy: Challenges and Opportunities for Global Civic Education*. Wiesbaden: Springer.
- Landau, Loren B. 2007. Can We Talk and Is Anybody Listening?: Reflections on IASFM 10, »Talking Across Borders: New Dialogues in Forced Migration«. *Journal of Refugee Studies* 20 (3): 335–348.
- Luhmann, Niklas. 1990. *Die Wissenschaft der Gesellschaft*. Frankfurt a.M.: Suhrkamp.
- Luhmann, Niklas. 1992. *Gibt es in unserer Gesellschaft noch unverzichtbare Normen?* Heidelberg: C.F. Müller.
- Luhmann, Niklas. 1996. *Die neuzeitlichen Wissenschaften und die Phänomenologie*. Wien: Picus Verlag.
- Ott, Konrad. 2016. Der slippery slope im Schatten der Shoa und die Aporien der bürgerlichen Gesellschaft angesichts der Zuwanderung. In *Macht und Reflexion*, Hrsg. Heiner Hastedt, 47–75. Hamburg: Felix Meiner Verlag.
- Ott, Konrad. 2020. Klimaflüchtlinge: Zur Komplexität der Begriffsbildung. In *Der Begriff des Flüchtlings: Rechtliche, moralische und politische Kontroversen*, Hrsg. Daniel Kersting, und Marcus Leuoth, 157–178. Stuttgart: J.B. Metzler.
- Ritsert, Jürgen. 2009. Der Mythos der nicht-normativen Kritik: Oder: Wie misst man die herrschenden Verhältnisse an ihrem Begriff?. In *Probleme der Dialektik heute*, Hrsg. Stefan Müller, 161–176. Wiesbaden: Springer VS.
- Rorty, Richard. 1998. *Solidarität oder Objektivität?*. Stuttgart: Reclam.
- Rorty, Richard. 2003. *Wahrheit und Fortschritt*. Frankfurt a.M.: Suhrkamp.
- Sayer, Andrew. 2011. *Why Things Matter to People: Social Science, Values and Ethical Life*. Cambridge: Cambridge University Press.
- Scherr, Albert. 2015a. Migration, Menschenrechte und die Grenzen der Demokratie. In *Migration und Minderheiten in der Demokratie: Politische Formen und Soziale Grundlagen von Partizipation*, Hrsg. Philipp Eigenmann, Thomas Geisen, und Tobias Studer, 45–62. Wiesbaden: Springer VS.
- Scherr, Albert. 2015b. Wer soll deportiert werden?: Wie die folgenreiche Unterscheidung zwischen den »wirklichen« Flüchtlingen, den zu Duldenden und den Abzuschiebenden hergestellt wird. *Zeitschrift für soziale Probleme und soziale Kontrolle: Flucht und Deportation* 26 (2): 151–170.
- Scherr, Albert. 2017a. Die Abschwächung moralischer Empörung. *Zeitschrift für Flüchtlingsforschung* 1: 88–105.
- Scherr, Albert. 2017b. Die Soziologie-Leute und ihre Kritik: Anmerkungen zur Kritik-kontroverse. *Soziologie* 46: 389–402.
- Scherr, Albert. 2018. Who Can Claim Protection as a Refugee?: A Sociological Critique of the Distinction between Refugees and Migrants. In *Refugees and Migrations in Law and Policy*, Hrsg. Helmut Kury, und Sławomir Redo, 125–136. Wiesbaden: Springer.
- Scherr, Albert. 2020a. Grenzziehungen: Soziologie der paradoxen Forderung nach offenen Grenzen. In *Der Begriff des Flüchtlings*, Hrsg. Daniel Kersting, und Marcus Leuoth, 137–156. Stuttgart: J.B. Metzler.
- Scherr, Albert. 2020b (im Druck). Flüchtlinge: Voraussetzungen und Implikationen der Kategorie aus soziologischer Sicht. In *Interdisziplinäre Flüchtlingsforschung: Schlüsselthemen eines neuen Feldes*, Hrsg. Marcel Berlinghoff, und J. Olaf Kleist. Baden-Baden: Nomos.
- Scherr, Albert, und Çiğdem Inan. 2017. Flüchtlinge als gesellschaftliche Kategorie und als Konfliktfeld. In *Flüchtlinge: Multiperspektivische Zugänge*, Hrsg. Cinur Ghaderi, und Thomas Eppenstein, 129–146. Wiesbaden: Springer VS.

- Scherr, Albert, und Gökçen Yüksel, Hrsg. 2016. *Flucht, Sozialstaat und Soziale Arbeit. Neue Praxis Sonderheft 13.*
- Scherr, Albert, und Karin Scherschel. 2019. *Wer ist ein Flüchtling? Grundlagen einer Soziologie von Zwangsmigration und Flucht.* Göttingen: Vandenhoeck & Ruprecht.
- Shacknové, Andrew E. 1984. Who is a Refugee?. *Ethics* 95 (2): 274–284.
- Transit Migration Forschungsgruppe, Hrsg. 2007. *Turbulente Ränder: Neue Perspektiven auf Migration an den Grenzen Europas.* Bielefeld: transcript.
- Turton, David. 2003. *Conceptualising Forced Migration.* RSC Working Paper No. 12. Oxford: University of Oxford.
- Vobruba, Georg. 2013. Soziologie und Kritik. *Soziologie* 42 (2): 147–168.
- Vobruba, Georg. 2017. Die Kritikkontroverse: Probleme der Unterscheidung von Praxis und Theorie. *Soziologie* 46 (2): 173–190.
- Weber, Max. 1904/1973. Die ›Objektivität‹ sozialwissenschaftlicher Erkenntnis. In *Max Weber: Soziologie, Analysen, Politik*, Hrsg. Johannes Winckelmann, 186–261. Stuttgart: Kröner.
- Weber, Max. 1904/1973. Der Sinn der ›Wertfreiheit‹ der Sozialwissenschaften. In *Max Weber: Soziologie, Analysen, Politik*, Hrsg. Johannes Winckelmann, 263–310. Stuttgart: Kröner.
- Weiß, Anja. 2017. *Soziologie globaler Ungleichheiten.* Frankfurt a.M.: Suhrkamp.
- Weißmann, Martin 2020. Soziologisch disziplinierte Kritik als Aspekt systemtheoretischer Analysen: Zu Luhmanns Kritik am Postulat der Werturteilsfreiheit und dem Möglichkeitssinn systemtheoretischer Kritik. In *Systemtheorie und Differenzierungstheorie als Kritik: Perspektiven in Anschluss an Niklas Luhmann*, Hrsg. Albert Scherr, 142–184. Weinheim: Beltz Juventa.
- Zetter, Roger. 1991. Labelling Refugees: Forming and Transforming a Bureaucratic Identity. *Journal of Refugee Studies* 4 (1): 39–62.